

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Einführung Alsergrunder Sperrmülltage

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien zu prüfen, am Alsergrund einen Sperrmülltag pro Halbjahr einzuführen, an dem alle Bürger:innen des Bezirks die Möglichkeit erhalten, ihren Sperrmüll an zentralen Müllsammelstellen (beispielsweise neben den bestehenden Papier- und Restmüllcontainern in den Wohnhausanlagen sowie an geeigneten Orten im öffentlichen Raum wie Christbaumsammelstellen) zu entsorgen.

Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sollen dem Umweltausschuß zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden.

Begründung:

1. Niederschwellige und kostenfreie Entsorgung für Bürger:innen

Die derzeit verfügbaren Möglichkeiten zur Entsorgung von Sperrmüll – entweder durch eine kostenpflichtige Sperrmüllabfuhr, die Beantragung einer kostenpflichtigen Mulde oder den Transport zum Mistplatz – stellen für viele Bürger:innen eine Hürde dar. Dies betrifft insbesondere ältere Menschen, Personen ohne eigenes Transportmittel oder jene mit geringeren finanziellen Ressourcen. Zwei kostenfreie Sperrmülltage im Bezirk würde es allen Bürger:innen ermöglichen, ihren überflüssigen Sperrmüll auf einfache und unbürokratische Weise zu entsorgen. Dies begünstigt eine soziale und gerechte Abfallentsorgung im Bezirk. Eine gezielte Informationskampagne durch den Bezirk (z. B. über Bezirksblätter, Postwurfsendungen oder Bekanntmachungen in sozialen Medien) informiert zudem über den Termin, die Annahmebedingungen und die erlaubten Sperrmüllarten. Auch das Verbot illegaler Sammlungen könnte in diesem Zusammenhang nochmals betont werden.

2. Verringerung illegaler Sperrmüllentsorgung

Illegale Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum führt zu zusätzlichen Aufwänden und Kosten für die Stadt. Ein kostenfreier Sperrmülltag kann Bürger:innen motivieren, legale und geordnete Entsorgungswege zu nutzen, und so die unrechtmäßige Ablagerung von Sperrmüll in Gassen, Parks oder vor Müllcontainern reduzieren.

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)

3. Effizientere Ressourcennutzung und Aufklärung

Die MA 48 besitzt in Wien eine bewährte Infrastruktur zur Sammlung, Sortierung und Verwertung von Müll. Durch die organisierte Abholung des Sperrmülls an einem festgelegten Tag könnten verbliebene Wertstoffe im Sperrmüll effizienter aussortiert und einer Verwertung zugeführt werden. Zusätzliche Informationen der MA 48 über eine sachgemäße Mülltrennung im Zuge dieser Aktion könnten nachhaltig das Bewusstsein für Abfallfragen im Bezirk erhöhen.

4. Vorbildfunktion und Gemeinwohlförderung

Andere Bezirke Wiens könnten von dieser Initiative inspiriert werden, ähnliche Sperrmülltage einzuführen, was insgesamt zur Verbesserung der Abfallwirtschaft in der gesamten Stadt Wien beiträgt. Darüber hinaus stärkt ein solches Angebot das Vertrauen der Bürger:innen in die öffentliche Verwaltung und zeigt, dass der Alsergrund einen konsequenten Beitrag zum Gemeinwohl leistet.

Abschließend möchten wir festhalten, dass zwei kostenfreie Sperrmülltage am Alsergrund eine unkomplizierte und erschwingliche Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll schaffen würde, die Umwelt und den öffentlichen Raum entlasten sowie das Bewusstsein für eine nachhaltige Abfallwirtschaft fördern.

Für NEOS Alsergrund

Für ÖVP Alsergrund

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Dr. Elisabeth Fuchs Wien, 10.12.2025

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Änderung der Abbiegespur Nussdorferstrasse - Währinger Gürtel Richtung Spittelau

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien eine Änderung der Abbiegespuren im Kreuzungsbereich Nussdorferstraße / Nussdorfer Gürtel in Fahrtrichtung Spittelau zu prüfen, um die Verkehrsflüsse zu verbessern und Rückstaus zu reduzieren.

Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sollen der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden.

Begründung:

Die Kreuzung verfügt über zwei Fahrspuren. Derzeit ist jedoch nur die rechte Spur als Abbiegespur von der Nussdorferstraße in den Währinger Gürtel freigegeben. Da Fahrzeuge auf der Rechtsabbiegespur häufig den Verkehrsfluss blockieren, kommt es regelmäßig zu Rückstaus in der Nussdorferstraße, wodurch nur wenige Fahrzeuge die Kreuzung passieren können.

Die Freigabe auch der linken Fahrspur für das Rechtsabbiegen würde zu einer deutlichen Entlastung der Verkehrssituation führen.

Für NEOS Alsergrund

Wien, 10.12.2025

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Klubvorsitz

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Installation einer Rotlicht-Kamera an der Kreuzung Nussdorferstrasse - Währinger Gürtel

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien eine sogenannte „Rotlicht-Kamera“ im Kreuzungsbereich Nussdorfer Strasse / Währinger Gürtel zu installieren. Der Zweck soll sein, das Einfahren von Fahrzeugen bei Rotlicht in den Kreuzungsbereich zu verhindern und dadurch das Blockieren des Querverkehrs zu vermeiden und im Zuwiderhandeln zu strafen.

Die Ergebnisse der Prüfung samt Kostenschätzung sollen der Kommission für Verkehr und Bezirksentwicklung zur weiteren Abstimmung vorgelegt werden.

Begründung:

An der Kreuzung Nußdorfer Straße / Währinger Gürtel kommt es regelmäßig zu erheblichen Behinderungen von Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrenden, Öffi Verkehr und dem MIV. Viele Fahrzeuge fahren bei Rotlicht noch in den Kreuzungsbereich ein, blockieren dadurch die Kreuzung und verhindern, dass der Querverkehr – insbesondere Geradeausfahrer und Rechtsabbieger – passieren kann. Dies führt zu anhaltenden Staus und Frustration im Alltagsverkehr.

Für NEOS Alsergrund

Wien, 10.12.2025

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Klubvorsitz

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Nutzung der U5 Station Frankhplatz als sichere Unterführung Ort für Fußgängerinnen und Fußgänger – statt einer Geisterstation

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht den Magistrat bzw. die zuständigen Stellen aufzufordern,

1. **die Passage der künftigen U5-Station Frankhplatz unmittelbar nach Fertigstellung** für den öffentlichen Fußgänger:innenverkehr zu öffnen – **unabhängig vom Start des U-Bahn-Betriebs**;
2. darzulegen, **welche technischen oder organisatorischen Gründe** einer früheren Öffnung entgegenstehen und warum eine Inbetriebnahme der Passage ohne U-Bahn-Verkehr bisher nicht vorgesehen wurde;
3. **ein Konzept für eine temporäre Nutzung** der Station als sichere Unterführung zu erstellen, einschließlich notwendiger Sicherheits-, Beleuchtungs- und Reinigungsmaßnahmen;
4. bekanntzugeben, **welche Kosten** durch die jahrelange Nichtnutzung entstehen würden und welche tatsächlichen Einsparungen durch die späte Öffnung erzielt werden sollen.

Begründung:

Die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse daran, dass fertiggestellte Infrastruktur auch genutzt wird. Die Fußgänger:innenpassage am Frankhplatz erhöht die Sicherheit an einer zentralen und stark befahrenen Kreuzung erheblich und vermeidet unnötige Kosten, die entstehen, wenn eine fertige Anlage über Jahre brachliegt. Eine frühzeitige Inbetriebnahme ist technisch machbar, ökonomisch sinnvoll und im öffentlichen Interesse.

Für NEOS Alsergrund

Wien, 10.12.2025

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Klubvorsitz

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)

Antrag gem. § 24(1) GO-BV

Betrifft: Resolution „Aktives Baustellenmanagement im öffentlichen Raum“

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Alsergrund stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Dezember 2025 folgenden

RESOLUTIONS-ANTRAG

Der Alsergrund war im Jahr 2025 von einer Vielzahl an Bauvorhaben betroffen – insbesondere im Bereich rund um den Franz-Josefs-Bahnhof, den Julius-Tandler-Platz sowie die Alserbachstraße. Auch in Teilen der Universitätsstraße, der Spitalgasse und an der Spittelauer Lände wurde gebaut. Diese Baustellen sind notwendig, um den Bezirk weiterzuentwickeln und erfolgreich in die Zukunft zu bringen. Zudem steigern Verkehrsberuhigungen und Infrastrukturerneuerungen langfristig die Lebensqualität im Bezirk.

Gleichzeitig bedeuten sie aber eine massive Belastung für die Bevölkerung: Straßensperren, Lärm, Staus, blockierte Parkplätze und eingeschränkte Erreichbarkeit prägen den Alltag vieler Anrainerinnen und Anrainer.

Fehlende, verspätete oder nur eingeschränkt verfügbare Information verschärft diese Situation zusätzlich. Ein aktives und transparentes Baustellenmanagement kann hier wesentlich zur Entlastung beitragen, Verständnis fördern und Konflikte vermeiden.

Notwendige Bauarbeiten im öffentlichen Raum erreichen durch transparente und aktive Kommunikation mehr Akzeptanz. Das ist auch entscheidend für künftige Großbaustellen wie jene im Bereich der Augasse (ehemalige WU) und an der Nordbergbrücke. Rechtzeitige und verlässliche Information wird hier eine entscheidende Rolle spielen.

Deshalb spricht sich die Bezirksvertretung Alsergrund für folgende Maßnahmen aus:

- Eine offene, aktive und klar verständliche Kommunikation von Baufortschritten, Zeitplänen und Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang mit Baustellen im öffentlichen Raum – über das bestehende Maß hinaus.
- Die digitale Bereitstellung dieser Informationen z.B. auf der Website der Bezirksvertretung in leicht zugänglicher Form – mitsamt Aktualisierung des Baufortschrittes.

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)

- Eine zusätzliche analoge Information bei größeren Einschränkungen, etwa bei längerfristigen Verkehrsänderungen, Straßensperren oder deutlicher Lärmbelastung. Z.B. durch Postwurfsendungen, Aushänge oder Informationsschilder im direkten Umfeld der betroffenen Baustellen.

Für NEOS Alsergrund

Mag. Rudolf Mayrhofer-Grünbühel

Klubvorsitz

Für ÖVP Alsergrund

Dr. Elisabeth Fuchs

Klubvorsitz

Wien, 10.12.2025

SPÖ (15)	GRÜNE (11)	NEOS (5)	ÖVP (4)	FPÖ (3)	LINKS-KPÖ (2)